

Christian Baldauf, MdL
Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Landtag von Rheinland-Pfalz

Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 5
74. Plenarsitzung, Donnerstag, 31. Januar 2019

Aktuelle Debatte der CDU-Landtagsfraktion
„Fahrverbote verhindern – Soziale Härten vermeiden –
Grenzwerte überprüfen“

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

31.01.2019

Sehr geehrter Herr Präsident,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

wenn es um den Diesel geht, um Grenzwerte, um Fahrverbote, stehen vielen Bürgerinnen und Bürgern im besten Falle Zweifel, im schlimmsten Falle Verzweiflung ins Gesicht geschrieben. So kann es nicht weitergehen.

Selbstverständlich zieht die CDU-Fraktion **nicht** in Zweifel, dass **Gesundheitsschutz** zu den wesentlichen Pflichten des Staates gehört. Und dieser Pflicht kommt der Staat nach. Gerade angesichts der Bedeutung dieser Frage, dürfen die Bürgerinnen und Bürger in unseren Städten verantwortliches Handeln erwarten. Es darf keine Leichtfertigkeit geben und die aktuelle intensive Debatte zeigt auch: Es gibt keine Leichtfertigkeit.

Die zahlreichen staatlichen Maßnahmen, gemeinsam mit dem industriellen Fortschritt und unternehmerischer Innovation haben in den vergangenen Jahrzehnten zu einer deutlichen Verbesserung der Luftqualität geführt – gerade auch in den Städten. Jedes Jahr, Tag für Tag. Und, wir wollen hier nicht nachlassen! Wenn wir uns diese Erkenntnisse bewusst machen, ist jetzt nicht die Zeit für Alarmismus und ideologische Kämpfe. Alles das, was weite Teile der Diskussion dieser Tage dominiert.

Deshalb treten wir für eine **Versachlichung der Debatte** ein, im Interesse der Gesundheit der Menschen und unserer Umwelt. Wir unterstützen jede **sinnvolle** Maßnahme zur **Verbesserung unserer Luft**. Doch was ist sinnvoll? Maßnahmen sind dann sinnvoll, wenn sie **geeignet** und **verhältnismäßig** sind. Die absehbaren Diesel-Fahrverbote sind weder geeignet noch verhältnismäßig. **Es ist nicht verhältnismäßig**, einer Familie mit drei Kindern zukünftig die Fahrt in die Stadt mit ihrem Familien-Van zu verbieten.

Es ist nicht verhältnismäßig, dem kleinen Handwerksbetrieb die Geschäftsgrundlage zu entziehen. Die Herausforderungen für das Handwerk in Rheinland-Pfalz sind groß genug und die Investition in ein neues Firmenauto ist für viele Betriebe eine Frage von Jahren, nicht von Monaten.

Und es ist nicht verhältnismäßig, wenn wir dem Pendler, der den Spagat zwischen niedrigen Wohnkosten auf dem Land und der Arbeitsstelle in der Stadt schaffen muss, wenn wir diesem Pendler sagen, dein Auto darfst du nicht mehr fahren und es zu verkaufen lohnt sich auch nicht mehr für dich.

Politik muss Ausgleich schaffen. Sie muss die Ziele für morgen mit der Realität der Menschen im hier und jetzt in Einklang bringen. Im Interesse der Menschen und der Umwelt brauchen wir möglichst geringe Belastungen durch CO₂, NO_x und Feinstaub. Deshalb braucht es aufeinander abgestimmte Regelungen, die diese Ziele erreichen und keine sich widersprechenden Lösungen. Doch genau über dieses „Ent- oder Weder“ kommt die derzeitige Debattenlage nicht hinaus.

Auf der Suche nach konstruktiven und sachgerechten Lösungen müssen wir nicht nur fragen „Was kann der Diesel nicht?“, sondern wir müssen eben auch die Frage stellen „Was leistet der Diesel?“

CO₂: Wegen des geringeren Verbrauchs leisten Diesel einen Beitrag zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes und damit zu einer Verringerung klimaschädlicher Abgase.

Feinstaub: Durch die modernen Partikelfilter ist dieses Problem bei modernen Dieseln gelöst. Bleibt nur noch NO_x: Und hier sind sowohl die Grenzwerte als auch die Messmethoden mindestens zweifelhaft.

Anrede,

hier und heute kann es nicht um die Beurteilung eines wissenschaftlichen Disputs gehen. Nein, der wissenschaftliche Disput belegt vielmehr, dass große Unsicherheiten bei der Bewertung der Grenzwerte bestehen. Unabhängig von diesen Grenzwerten, die von Gesundheitsexperten in der westlichen Welt extrem unterschiedlich ausgelegt werden, müssen wir die Messmethoden in Deutschland und Rheinland-Pfalz in den Blick nehmen.

Wir müssen dabei gar nicht weit schauen: Ein paar hundert Meter von hier entfernt, in der Parcusstraße steht eine Messstation, die nicht EU-rechtskonform aufgestellt ist und trotzdem Fahrverbote begründen soll.

Im Übrigen hat die Stadt Mainz für die „besten Bürger der Stadt“ genau neben dieser Messstation eine Außengastronomie genehmigt. **Essen erlaubt – atmen verboten.** Wie absurd die Grenzwerte sind, wird schon daran sichtbar.

Wir bleiben nur dann glaubwürdig, wenn wir die richtigen Ziele einer Verkehrswende nicht mit fragwürdigen Methoden auf dünner Faktenbasis durchsetzen. Und wenn die Autoindustrie sich endlich mit Antrieben der Zukunft beschäftigt, statt mit Mikrogrammen aus der Vergangenheit.

In diesem Sinne hat sich, Herr Kollege Braun, ihr Parteifreund Boris Palmer geäußert. Wörtlich hat er hinzugefügt: „Ein Verbot von Coca Cola würde vieltausendfach mehr Leben retten als Fahrverbote für Dieselfahrzeuge“. Denken Sie einmal darüber nach!